

Avanti

2

Theoriebeilage

100 Jahre „Faschismus“

1922 - 2022

von

Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

PROFIT ODER LEBEN?



WIDERSTAND!

INHALT

TITEL

01 INFLATION

Profit oder Leben?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Für einen „heißen Herbst“

TEUERUNG

03 INFLATION

Profit oder Leben?

ANTI-KRIEGSTAG

04 ANTI-KRIEGSTAG

Nein zu Aufrüstung und Krieg

CORONA-PANDEMIE

05 LONG COVID

Was tun?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 BR-MOBGING I

Skandal in Dulger-Firma

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

ist es vermessen, nach einem sehr heißen Sommer auf einen „heißen Herbst“ zu setzen? Offensichtlich nur dann nicht, wenn damit die breite Mobilisierung gegen das kapitalistische Krisenregime gemeint ist.

Wir befassen uns in der vorliegenden Ausgabe von *Avanti*² auch deshalb mit dem notwendigen Widerstand gegen den Klassenkampf von oben. Um alle aktuell brennenden Themen behandeln zu können, benötigen wir aber noch mehr Unterstützung – auch von Euch!

Die Seiten der Theoriebeilage haben wir für Helmut Dahmers Analyse des Faschismus geöffnet.

Wir hoffen auf Euer Interesse an unserer Auswahl und freuen uns auf Eure Rückmeldungen!

Eure Redaktion

Titelbild: *Gefallene Engel*, 14. April 2019. Foto: *Avanti*².

INHALT

06 BR-MOBGING II

„Gegenmacht stärken?“

07 BR-WAHLEN 2022

Erste Lehren

08 BR-ARBEIT

Besser mit Strategie?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

09 IN MEMORIAM

Willy Boepfle

10 INFOABEND

Kahlschlag beim Benz?

11 SOMMERSEMINAR

Imperialismus und Krieg

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 ITALIEN 1922

Sieg des Faschismus?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 „FASCHISMUS“

100 Jahre

Frankreich vor einem heißen Herbst oder vor lauen Parlamentsmanövern?

M. G.

In einem TV-Interview vor der großen Ferienzeit nutzte Präsident Macron am 14. Juli die Gelegenheit, sich in Szene zu setzen. Arrogant, wie üblich, zeigte er sich entschlossen, seine asoziale Politik fortzusetzen.

Auch in Frankreich verschlechtert sich die Lage von Millionen drastisch – aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten, der Zerstörung der öffentlichen Dienstleistungen und der Folgen der globalen Erderwärmung.

Für Macron und seine Auftraggeber lautet die „Reform“-Agenda jedoch „mehr und länger arbeiten“, das heißt weiterer Sozialabbau vor allem für Erwerbslose, prekär Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner.

Diese Kriegserklärung an die arbeitende Klasse und die Jugend garniert er mit dem Versprechen, durch Verteilen von Schecks und ähnlichen symbolischen Maßnahmen etwas gegen die Teuerung zu unternehmen.

Deren gemeinsames Merkmal besteht aber darin, dass sie nicht an die Wurzel des Problems gehen: Die Aneignung des Reichtums, der von der großen Mehrheit produ-

ziert wird, durch eine kleine Minderheit von Ausbeutern.

Bezeichnenderweise stellt sich Macrons Regierung eindeutig gegen Lohnerhöhungen für die Beschäftigten und gegen eine Besteuerung der Reichsten.

Kämpfe organisieren

Für unsere Genossinnen und Genossen der NPA (Neue Antikapitalistische Partei) zeigt sich eines sehr deutlich: Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse auf parlamentarischer Ebene kann nur der durch Streiks und Demonstrationen erzeugte massive außerparlamentarische Druck eine Wende zum Besseren erzwingen.

Deshalb fordert die NPA die soziale und politische Linke zur gemeinsamen Beantwortung der anstehenden Fragen auf. Wie kann Macrons Politik der sozialen Kriegs-

führung entgegnet werden? Wie sind die bevorstehenden Auseinandersetzungen um die Renten, den Öffentlichen Dienst und die Löhne bestmöglich vorzubereiten? Wie kann die Mobilisierung der arbeitenden Klasse nicht zuletzt gegen die extremen Rechte gelingen?

Die Losung der NPA ist klar: Für einen heißen Herbst und für den Aufbau einer antikapitalistischen Linken! ■



Demo in Paris gegen die extreme Rechte, 16. April 2022.

Profit oder Leben? Widerstand!

H. N.

Das kapitalistische Chaos spitzt sich weiter zu. Die Überlappung und Verschärfung der aktuellen Krisen (Kriege, Klima, Umwelt, Armut, Hunger, Pandemien ...) hat extrem bedrohliche Ausmaße angenommen.

Die Gefahr ist sehr real, dass neoliberale, autoritäre, faschistische und rassistische Positionen noch weiter an Boden gewinnen. Führende Kreise verschärfen den Klassenkampf von oben. Die Regierung ist dabei ihr Handlanger.

Als Belege dafür nennen wir – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die offensichtliche Kapitalhörigkeit der etablierten Politik, die Militarisierung der Gesellschaft, den zynischen Umgang mit Corona, die fortgesetzte Zerstörung des Gesundheitswesens, den energiepolitischen Rückschritt, das klima- und verkehrspolitische Versagen, die Förderung der landwirtschaftlichen Großproduktion, den Arbeitsplatz- und Sozialabbau, die Forderungen nach weiteren Einschränkungen des Streik- und des Demonstrationsrechts, die brüske Ablehnung von gewerkschaftlichen Tarifforderungen und die zunehmenden Angriffe auf Interessenvertretungen von Beschäftigten.

Derzeit gibt es eine in dieser Höhe seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Inflation. Als Inflation gilt eine andauernde allgemeine Erhöhung der Verbraucherpreise. Sie ist das Ergebnis eines Kampfs um die Aufteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums. Die Kapitaleseite nutzt ihn zur Steigerung ihrer Profitraten aus.

Rekordgewinne durch Preistreiberei

Resultat der hemmungslosen aktuellen Preistreiberei der Konzerne sind Rekordgewinne. Eine winzig kleine Minderheit kann deshalb ihren unvorstellbaren Reichtum – meist sogar steuerbegünstigt – noch weiter vermehren.

Hingegen verschlechtert sich die Lebenssituation immer größerer Bevölkerungskreise spürbar. Insbesondere arme Menschen wissen meist nicht mehr ein noch aus. Die soziale Spaltung der Gesellschaft und die Bedrohung unserer Lebensgrundlagen werden immer deutlicher.

Es gibt jedoch das Menschenrecht auf ein gesundes Leben ohne Armut und Umweltzerstörung. Seine Durchsetzung erfordert mehr als die Stimmabgabe bei Wahlen – nämlich den organisierten Kampf gegen das kapitalistische Herrschafts- und Wirtschaftssystem und letztlich dessen Überwindung.

Was können wir gemeinsam tun, um Solidarität in Zeiten von Kriegen und Krisen gemeinsam einzufordern und nicht zuletzt der Preistreiberei entgegenzuwirken?

Es ist höchste Zeit, Protest und Widerstand zu organisieren. Er wird weder vom Himmel fallen noch durch vermeintliche Parteistrategen von oben angeordnet werden können. Es gilt, ihn gemeinsam mit Aktiven aus unterschiedlichen Bereichen offen und solidarisch vor Ort aufzubauen. Seine demokratische bundesweite und internationale Vernetzung ist unabdingbar.

Automatischer Inflationsausgleich

Eine besondere Rolle im Kampf gegen die Teuerung kommt den Gewerkschaften zu. Sie müssen aufhören, mit der Regierung in einer „konzertierten Aktion“ zu kungeln.

Stattdessen sehen wir sie in der Pflicht, für eine offensive gewerkschaftliche Lohnpolitik, für die Vergesellschaftung der Extraprofite und eine wirksame Bekämpfung der skandalösen Steuerbegünstigungen von Reichen und Konzernen einzutreten. Die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre hat nur dem Kapital gedient. Hohe Entgeltabschlüsse – am besten als Festgeld oder Mindestbetrag – sind ein Muss.

Das alleine wird aber nicht reichen, um die hohen Preissteigerungen auszugleichen. Wir brauchen Tarifverträge mit einem automatischem Inflationsausgleich, wie dies die Pilotengewerkschaft fordert. Und wir benötigen einen gesetzlich verankerten Teuerungsausgleich wie in Belgien oder Luxemburg für Alleinerziehende, Erwerbslose, Prekäre und Rentnerinnen und Rent-

ner. Dadurch können wir massenhafte Armut wirksam verhindern.

Es bedarf zudem eines Aktionsprogramms gegen die weitere Abwälzung der Krisen- und Aufrüstungskosten auf die große Mehrheit. Durchgesetzt werden kann es nur durch die Beendigung des gewerkschaftlichen Kleinkleins und das Vorbereiten und Durchführen bereichsübergreifender Demos und Streiks.

Die Organisation und Vernetzung aktiver betrieblicher und gewerkschaftlicher Kerne braucht es dazu ebenso wie die Bildung einer sozialen, ökologischen und antimilitaristischen Front. Nur so kann der Druck für einen breiten Widerstand gegen den Klassenkampf von oben aufgebaut werden. Dieser Aufgabe müssen sich alle stellen, die die Augen vor den aktuellen Entwicklungen nicht verschließen wollen. ■



Antikriegstag 2022 – Militarismus und Kriege stoppen!

H. S.

Der diesjährige Antikriegstag steht ganz im Zeichen des Überfalls des Putin-Regimes auf die Ukraine.

Angesichts der enorm gesteigerten Zerstörungskraft moderner Massenvernichtungswaffen hat auch in diesem Krieg vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden. Gleichzeitig werden Gebäude, Infrastruktur und die Umwelt zerstört. Wer vor diesem Hintergrund auf eine militärische „Lösung“ setzt, hat ein verengtes Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Aufgaben in der Ukraine und anderswo.

Die imperiale Macht- und Expansionspolitik müssen wir als eine soziale, politische und ökologische Herausforderung begreifen. Die tieferliegende Ursache für das Handeln der Herrschenden – in Moskau, aber auch in Kiew und in den NATO-Staaten – ist knallharte Klassenpolitik der jeweiligen Machthaber.

Dem begegnen wir nicht, indem wir uns auf die Logik der Kriegspolitik einlassen. Es gilt vielmehr, die gesellschaftlichen Ursachen offenzulegen und eine Strategie des sozialen Widerstands zu unterstützen.

Für Sozialen Widerstand

Die Kampfformen des zivilen Widerstands sind klar definiert: Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, gegebenenfalls auch Sabotageaktionen gegenüber den Repressionskräften.

Mit dem Ausbau eines engmaschigen Kommunikationssystems und gleichzeitig möglichst dezentralen Führungsstrukturen muss es darum gehen, vorrangig die Widerstandskraft zu erhalten und die Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen.

Von großer Bedeutung ist die beharrliche Agitation gegenüber den niederen Rängen der Besatzungsmacht, um eine Fraternalisierung und konkrete Unterstützung des Widerstands gegen die Okkupationsmacht durch diese „Arbeiter in Uniform“ zu erreichen.

Gleichzeitig ist dies die beste Grundlage, um eine grenzüberschreitende Verständigung „von unten“ zu befördern und nicht noch mehr Gräben aufzureißen.

Parallel dazu stehen alle internationalen Antikriegsbewegungen vor der Herausforderung, die Ansätze zu russischen Protesten gegen den Überfall auf die Ukraine zu unterstützen. Je größer der Widerstand dort ist, desto eher kommt es zu einem Waffenstillstand und zu einem Ende des Kriegs.

Für die Antikriegsbewegung

Das Beste, was wir hier beitragen können, ist der Aufbau einer breiten Friedensbewegung, die sich für eine sofortige, umfassende und bedingungslose Abrüstung und für einen Stopp aller Waffenlieferungen einsetzt.

Das bedeutet konkret: Wir müssen hier im eigenen Land auch aufstehen gegen die Abwälzung der Kosten der Aufrüstung und der Kriegsführung. Und wir müssen die Preistreiberei der Kriegstreiber und Kriegsgewinnler bekämpfen.

Wir wissen, dass diese und andere Forderungen nur durch ei-

ne starke und gut vernetzte antimilitaristische soziale Bewegung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene durchzusetzen sind. Wir wissen auch, dass es dafür einer massiven Stärkung von organisierter und organisierender Gegenmacht der arbeitenden Klasse bedarf. Dafür wollen wir uns einsetzen. ■

Unsere Forderungen:

- Sofortiger Waffenstillstand
- Rückzug der russischen Armee aus der Ukraine und ihren Grenzgebieten
- Rückzug der NATO-Truppen aus Osteuropa
- Humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung
- Entschädigungslose Enteignung der Auslandsvermögen der Oligarchen zugunsten der Hilfe für alle Kriegsoffer
- Uneingeschränkte Unterstützung der Antikriegsaktivitäten in Russland
- Solidarität mit den demokratischen und sozialistischen Kräften in Russland und der Ukraine
- Gleichberechtigte Aufnahme der Flüchtenden aus der Ukraine und aus anderen Ländern
- Unterstützung aller, die sich dem Krieg entziehen
- Vernichtung aller Atomwaffen und Stilllegung aller Atomkraftanlagen
- Rückzug der deutschen Truppen aus dem Ausland
- Statt Milliarden für die Rüstung Finanzierung von sozialer Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz
- Vergesellschaftung und Umbau der Rüstungsindustrie
- Einzug der Profite der Kriegsgewinnler für soziale und ökologische Zwecke
- Austritt Deutschlands aus der NATO und deren Auflösung
- Internationale Klassensolidarität gegen die Oligarchen überall auf der Welt!



Ostermarsch Mannheim, 16. April 2022.

Foto-Avanti².

Long COVID – Was tun?

N. B.

Mittlerweile hat ein sehr großer Teil der Bevölkerung mindestens eine Corona-Infektion durchgemacht. Genau Zahlen für diesen gesundheitspolitischen Skandal gibt es nicht.

Bekannt ist aber: Viele dieser Menschen sind nach ein, zwei oder auch vier Wochen nicht wieder gesund. Sie leiden unter Long COVID.

Was ist Long COVID?

Menschen mit Long COVID sind nicht mehr akut infiziert, also auch nicht ansteckend. Ihre Symptome halten aber entweder an oder es treten neue Symptome in Folge der Corona-Erkrankung auf. Diese können körperlicher, kognitiver und psychischer Art sein und schränken die Betroffenen in ihrem Alltag stark ein.

Zu den häufigsten Symptomen gehören Erschöpfung und eingeschränkte Belastbarkeit (auch „Fatigue“ genannt), Kurzatmigkeit, Konzentrations- und Gedächtnisprobleme, Schlafstörungen, Muskelschwäche und -schmerzen, psychische Probleme, wie depressive Stimmungen und Angstsymptome, sowie Riech- und Schmeckstörungen.

Im schlimmsten Fall kommt es zum Chronischen Erschöpfungssyndrom oder anderen körperlichen Folgen, die Menschen von umfassender Pflege abhängig machen. Manchmal ist für Betroffene schon der Gang ins Bad kaum zu bewältigen, sind Licht und Lärm kaum auszuhalten.

Die Symptome halten Wochen, Monate und manchmal auch Jahre an – ohne eine Gewissheit, wann und ob sie sich wieder legen. Bestehen sie noch länger als 12 Wochen nach Beginn der Corona-Infektion, wird dies als Post-COVID-Syndrom bezeichnet.

Wen trifft Long COVID?

Der Forschungsstand zu Long COVID stellt sich dürftig dar. Begründet wird dies beispielweise vom RKI mit der Neuartigkeit der Erkrankung, die sicher ihren Teil dazu beiträgt.

Doch insbesondere zu Beginn der Pandemie berichteten viele Betroffene, in ihren Beschwerden nicht ernstgenommen worden zu sein. Es dauerte daher eine beträchtliche Zeit, bis überhaupt erste Untersuchungen zu Ursachen, Symptomen und Behandlungsmöglichkeiten eingeleitet wurden.

Die Daten zur Häufigkeit von Long COVID variieren in unterschiedlichen Forschungsarbeiten zwischen 7,5 % und 41 %. Das ist zwar wenig aussagekräftig, macht aber deutlich, dass Long COVID ein breites und ernstzunehmendes Problem darstellt.

Die Wahrscheinlichkeit, an Long COVID zu erkranken, nimmt mit der Schwere des Verlaufs der Corona-Erkrankung zu. Dennoch können auch nach milden oder gar symptomfreien Verläufen Long COVID-Symptome auftreten.

Entgegen allen Behauptungen, die Pandemie sei für Kinder und Jugendliche ungefährlich, können auch sie von Long COVID betroffen sein. Der Forschungsstand lässt hier allerdings noch mehr zu wünschen übrig als bei Erwachsenen.

Was tun?

Der einzige sichere Schutz vor Long COVID besteht darin, sich nicht zu infizieren. Ein vollständiger SARS-CoV-2-Impfschutz

kann das Risiko von Long COVID verringern, aber nicht beseitigen.

Auf individueller Ebene bleibt uns – trotz allem „Freiheitsgerede“ – die Verantwortung für den Schutz der Gesundheit von uns und unseren Mitmenschen. Das ist durch die Einhaltung der AHA-L-Regeln leicht möglich. Zudem verbessert sich der Schutz vor schweren Erkrankungen durch eine vollständige Impfung.

Insbesondere brauchen wir aber endlich einen konsequenten Infektionsschutz im öffentlichen Raum und am Ausbildungs- sowie am Arbeitsplatz. Sein Kern ist die planmäßige und kontrollierte Umsetzung des TOP-Prinzips, das heißt die Verwirklichung technischer, organisatorischer und persönlicher Schutzmaßnahmen (vgl. z. B.: www.iso-4-rhein-neckar.de/cor1 oder www.iso-4-rhein-neckar.de/cor2).

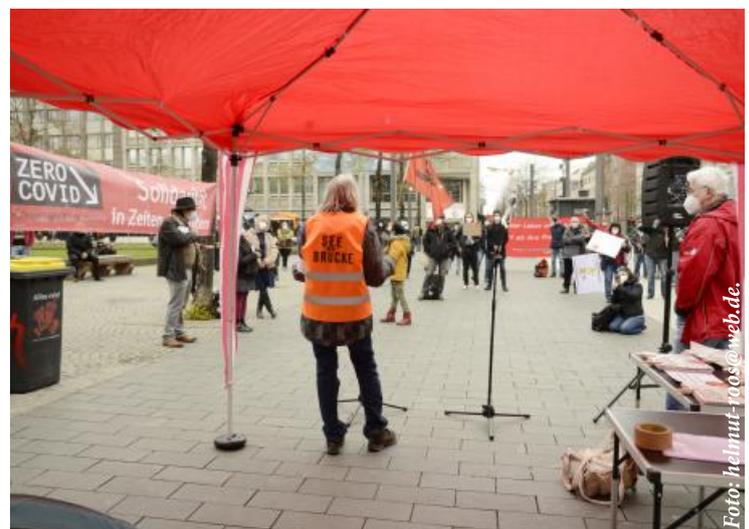
Gesundheit oder Profit?

Nach einer Corona-Infektion müssen Betroffene genügend Zeit haben, sich auszukurieren. Häufig wird der Eindruck vermittelt, mit einem negativen Testergebnis könne man direkt wieder anfangen zu arbeiten. Dabei sagt es aber wenig darüber aus, ob die betreffende Person wieder gesund ist.

Die Arbeitsbelastung trägt außerdem nicht zur Gesundung bei. Sie kann dazu führen, dass Menschen nach wenigen Tagen oder Wochen wieder vermehrt unter Erschöpfungs- und anderen Symptomen leiden.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit und keine Ausnahme sein, dass Infizierte auch nach einer akuten Erkrankung sich noch schonen können. Die Rückkehr an den Arbeitsplatz darf nur nach der Wiederherstellung der vollen Belastbarkeit erfolgen.

Zudem müssen einfache Wege geschaffen werden, auf denen Long COVID als Berufskrankheit anerkannt, die finanzielle Sicherheit und die medizinische wie gegebenenfalls pflegerische Versorgung gewährleistet werden. Nur mit finanzieller, beruflicher, medizinischer und sozialer Sicherheit haben Menschen die Möglichkeit wieder wirklich zu gesunden. ■



Kundgebung „Solidarität in Zeiten der Pandemie“ in Mannheim, 10. April 2021.

BR-Mobbing in Dulger-Firma ProMinent Ein Skandal ohne Ende?

H. N.

Die Unternehmensführung von ProMinent will um jeden Preis den früheren BR-Vorsitzenden (BRV) der ProMinent GmbH fertigmachen. Die vom Management angewendeten Methoden entsprechen dem Niveau dieser Herrschaften.

Der Skandal bei ProMinent ist von besonderer Bedeutung. Der jüngere der beiden Dulger-Brüder ist nicht nur Mitglied der dreiköpfigen Geschäftsleitung und Miteigentümer, sondern auch Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.“ (BDA).

Das BR-Mobbing bei ProMinent ist kein Zufall. Laut Informationen aus der Belegschaft will die Unternehmensführung möglicherweise große Teile der Produktion nach China verlagern. Zudem ist offenbar der Ausstieg aus der Tarifbindung bis Ende 2022 geplant. Eine handlungsfähige, gewerkschaftlich organisierte Interessenvertretung der Belegschaft würde diese Vorhaben stören. Sie könnte Gegenmaßnahmen vorbereiten und den enormen Gewinn der Firma durch höhere Kosten für einen Interessenausgleich und Sozialplan schmälern.

Bei den BR-Wahlen am 5. April 2022 hatte unter offensichtlich rechtswidrigen Umständen eine „gelbe“ Liste eine hauchdünne Mehrheit erringen können (vgl. hierzu *Avanti*² von Mai 2022). Kurze Zeit später sprach die Geschäftsleitung eine „Verdachtskündigung“ gegen den nach wie vor dem

Betriebsrat angehörenden Kollegen aus.

Zunächst verweigerte das BR-Gremium seine Zustimmung dazu. Das Management wollte nun diese durch einen Beschluss des Arbeitsgerichts ersetzen lassen. Der Gütertermin am 8. Juni 2022 endete erwartungsgemäß ohne Einigung (vgl. hierzu *Avanti*² von Juli 2022).

Erneute „Verdachtskündigung“

Bald danach folgten die Rücktritte des neuen „gelben“ BRV und seines Stellvertreters aus „persönlichen Gründen“. Am 11. August 2022 trat nun auch der Nachfolger im Amt des Betriebsratsvorsitzenden – ebenfalls aus „persönlichen Gründen“ – zurück und schied aus dem Gremium aus. Zuvor, am 27. Juli 2022, hatte allerdings skandalöser Weise der Betriebsrat in Abwesenheit des neuen BRV mehrheitlich der erneuten „Verdachtskündigung“ des gemobbten Kollegen durch die Geschäftsleitung zugestimmt.

Angesichts der Presseberichterstattung über die Vorkommnisse bei ProMinent sahen sich die Unternehmensführer am 15. August 2022 zu einer langatmigen internen „Stellungnahme“ genötigt. Darin tischten sie

den „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ alle möglichen wahrheitswidrigen Behauptungen auf. Garniert wurde das Machwerk mit dem Satz: Als „Geschäftsleitung wünschen wir uns Frieden bei ProMinent“. „Frieden“ oder Friedhofsruhe?

Der gekündigte Kollege, also das Mobbingopfer, ist nun durch die Machenschaften der Geschäftsführung und ihrer Helfershelfer auch im Betriebsrat erstmal arbeitslos. Er muss gegen das offensichtliche Unrecht seine Wiedereinstellung gerichtlich erstreiten. **Am 15. September 2022 soll um 10:00 Uhr darüber vor dem Arbeitsgericht Mannheim (Kammern Heidelberg, Vangerowstr. 20, 69155 HD) verhandelt werden.**

Der 1. Bevollmächtigte der zuständigen IG Metall Heidelberg zeigte sich angesichts der Vorgänge bei ProMinent „fassunglos“ und redete von „Wildwestmethoden“. Wie wäre es, wenn er seiner Aufgabe als Gewerkschaftssekretär nachkommen und den Widerstand innerhalb und außerhalb der Dulger-Firma gegen die dortigen „Revolverhelden“ organisieren würde? Wie man das macht, ist in der IG Metall eigentlich bekannt. ■

Neunte Konferenz „Betriebsräte im Visier“ „Gegenwehr stärken!“

H. N.

Am 15. Oktober 2022 findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus die neunte bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

Die Tagung richtet sich insbesondere an Kolleginnen und Kollegen, die von BR-Mobbing betroffen sind. Bei den diesjährigen Betriebsratswahlen war eine weitere Zunahme von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung zu erkennen.

Starke Gegenmacht erforderlich

„Starke gewerkschaftliche Gegenmacht“, so heißt es in der Einladung des Mannheimer Komitees, „ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung

stoppen zu können. Nicht zuletzt deshalb wollen wir mit unserer Tagung einen weiteren Beitrag zur Stärkung der bundesweiten Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing leisten. Vor allem aber wollen wir erneut ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung anbieten.“

Es empfiehlt sich eine frühzeitige Anmeldung per E-Mail an solidaritaet@gegen-br-mobbing.de (weitere Infos auf www.gegen-br-mobbing.de). ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gegenwehr stärken!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Kai Burmeister (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahi (IGM Mannheim)
Petra Jentzsch (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 15. Oktober 2022

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-
Neckar, work-watch Köln

BR-Wahlen 2022

Wie Erfolge organisiert werden können

O. T.

Unser Ziel war, den bisher schon vorhandenen aktiven Kern im Betriebsrat durch die BR-Wahl zu erweitern. Dadurch sollte der Handlungsspielraum für eine an den Interessen der Belegschaft orientierte betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit erweitert werden.

In der Tat konnte eine Mehrheit im neuen Betriebsratsgremium erreicht werden. Aber sie ist sehr knapp ausgefallen.

Im Vorfeld der Wahl war eine große Rivalität vor allem der Kandidierenden, die nicht zum aktiven Kern gehörten, sichtbar geworden. Sie verhinderte auch die von der Belegschaft favorisierte Persönlichkeitswahl durch das Legen mehrerer Listen.

Die offizielle Gewerkschaftsliste wäre fast noch in Frage gestellt worden, weil der Betriebsbetreuer der zuständigen Gewerkschaft gerne seinen „Vertrauten“ auf deren ersten Platz setzen wollte. Aufgrund des fehlenden Vertrauens des aktiven Kerns diesem Kollegen gegenüber wurde dies aber von den betrieblichen Gewerkschaftern abgelehnt. Der Kollege schloss sich dann einer anderen Liste an.

Einschränkungen durch die Pandemie

Die Coronapandemie hatte die Kontaktmöglichkeiten im Betrieb wesentlich erschwert. Zudem war ein großer Teil der Angestellten wegen „Home-Office“ über viele Monate gar nicht im Betrieb anwesend und damit auch nicht direkt ansprechbar. Die Unterstützung für die Gewerkschaftsliste konnte somit fast ausschließlich im Bereich der Produktion mobilisiert werden.

Die Coronapandemie hatte auch dazu geführt, dass die gesetzlich vorgeschriebenen vier Betriebsversammlungen im Jahr nicht durchgeführt wurden. Der Informationsaustausch zwischen Betriebsrat und Belegschaft war dadurch eingeschränkt. Auch die Vertrauensleutearbeit fand pandemiebedingt nur auf Sparflamme statt.

Entscheidend für den Erfolg war: Schon seit langer Zeit wurde auf eine gute Verankerung im gewerblichen Bereich geachtet. Trotz Pandemie wurde der persönliche Kontakt zur Belegschaft vom aktiven Kern immer aufrechterhalten.

kurrierenden Kandidaten den Kontakt zur Belegschaft erst in den letzten Wochen vor der Wahl gesucht. Die Kolleginnen und Kollegen wussten mehrheitlich, wer es mit dem Einsatz für die Beschäftigteninteressen ernst meinte, und wem es vorrangig nur um den persönlichen Wahlerfolg ging.

Erkennbares Profil

Die Vertreter des aktiven Kerns haben nicht nur für sich selbst geworben, sondern auch für das gemeinsame an die Beschäftigten verteilte Wahlprogramm. Es stellte die Interessen der Belegschaft in den Mittelpunkt und gab somit eine klare Orientierung für die Stimmabgabe.

Dies alles zusammen machte sowohl die inhaltlichen Positionen als auch die Kandidaten der Gewerkschaftsliste selbst für den Großteil der gewerblichen Kolleginnen und Kollegen glaubwürdig.

Sehr wichtig war, dass es eine ausgearbeitete Strategie für die Stärkung des aktiven Kerns durch die Betriebsratswahl gab. Sie fand ihren Niederschlag in einem Aktionsplan, der über einen längeren Zeitraum systematisch und in regelmäßigen Sitzungen gemeinsam erstellt und abgearbeitet wurde.

Nicht unwesentlich war dabei die Unterstützung durch langjährige Gewerkschafter. Sie gaben zum Beispiel ihre Erfahrungen mit dem immer mehr um sich greifenden BR-Mobbing weiter, das heißt den Angriffen von Geschäftsleitungen und deren „gelber“ Helfershelfer in den Betriebsräten gegen aktive Gewerkschaftsmitglieder.

Trotz des unbestreitbaren Wahlerfolgs gibt es dennoch Verbesserungspotential, das für die weitere Stärkung des aktiven Kerns im BR genutzt werden muss. ■



Überbetriebliche Solidarität in Mannheim, 23. Juli 2020.

Foto: Avanti².

Betriebsratsarbeit

Besser mit Strategie (Teil II)

U. D.

Am 21. Mai 2022 organisierte die ISO Rhein-Neckar ein Betriebsrats- und Gewerkschafts-seminar. Das Einleitungsreferat setzte sich mit den Rahmenbedingungen von Betriebsratsarbeit auseinander. Sein erster Teil erschien in *Avanti*² von Juli / August 2022. Hier folgt nun der zweite Teil.

Der bereits skizzierte gesellschaftspolitische Rahmen hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse und damit auch auf die politische und gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb und im Betriebsrat. Aber entscheidend für diese Arbeit sind immer noch die betrieblichen Bedingungen: Die Branche des Unternehmens, produziert es oder bietet es Dienste an, welches Gewicht haben Produktion, Verwaltung, Entwicklung, Instandhaltung, Logistik, ist es tarifgebunden, gibt es eine gewerkschaftliche Tradition, ist die Belegschaft kämpferisch, wie agiert der betriebliche Führungsapparat ...

Bewusstsein und Organisierung

Die meisten Beschäftigten haben andere Interessen als „ihr“ Unternehmen. Sie wollen kürzer arbeiten, mehr Urlaub, höhere Löhne und weniger Arbeitsdruck. Andererseits sehen sie sich in einer „Schicksalsgemeinschaft“ mit „ihrem“ Unternehmen. Geht es dem Unternehmen schlecht, ist „ihr“ Arbeitsplatz bedroht. Geht es ihm gut, fühlen sie sich relativ sicher.

Aber der Unternehmenserfolg ist kein Garant für sichere Arbeitsplätze. Verkäufe, Umstrukturierungen, Ausgliederungen und Verlagerungen von Unternehmen (steilen) sowie stetige „Optimierung“ der Arbeitsprozesse und Erhöhung des Arbeitsdrucks sind betrieblicher Alltag und erzeugen permanente, oftmals unbewusste Verunsicherung.

Doch nicht jede Belegschaft reagiert darauf mit Gegenwehr und Widerstand. Im Gegenteil! Fehlen gewerkschaftliche Organisierung und betriebliche Kampftradition kann die Belegschaft sogar bereit sein, auf bestehende Rechte und Ansprüche zu verzichten. Genau dies führt zu einer Unterbietungskonkurrenz zwischen Belegschaften oder einzelnen Beschäftigten und droht die Bedingungen der gesamten arbeitenden Klasse zu verschlechtern.

Die entscheidende Antwort der arbeitenden Klasse auf diese Situation war die überbetriebliche, gewerkschaftliche Organisierung. Erst dadurch konnte die Vereinzelung überwunden und solidarisch gegen die Kapitalmacht gehandelt werden. Die Erfahrung und das Wissen darüber gehen jedoch immer mehr verloren. Nicht zuletzt, weil die Gewerkschaftsführungen auf „Sozialpartnerschaft“ mit dem Kapital und auf einzelbetriebliche „Standortlogik“ orientieren. Dieser Kurs führt zu Entpolitisierung und Entsolidarisierung und schwächt die arbeitende Klasse.

Wer eine aktive und kämpferische Arbeit im Betrieb und im Betriebsrat aufbauen will, muss versuchen, dieser Tendenz entgegenwirken. Zum Beispiel durch die Ablehnung der „Sozialpartnerschaft“ als Richtschnur für die Praxis, durch die Verdeutlichung der unterschiedlichen Interessen von Beleg-

schaft und Unternehmen sowie den Aufbau der Gewerkschaft im Betrieb als elementare Klassenorganisation.

Strategische Profitmaximierung

Das zentrale Interesse eines Unternehmens bzw. seines Managements ist es, den maximalen Profit zu erzielen. Dabei wird versucht, nichts dem Zufall zu überlassen, sondern strategisch zu planen und zu handeln. Das gesamte Unternehmen wird dafür hierarchisch von oben nach unten durchorganisiert und diesem Ziel des Maximal-Profits untergeordnet. Daran ändern auch „moderne“ Führungsmethoden nichts. Wesentliche Entscheidungen werden immer noch zentralistisch auf oberster Ebene getroffen.

Zur Verfolgung des Profitziels wird ein großer Unternehmensapparat beschäftigt: Das Führungspersonal vom obersten Management bis hin zur Gruppen- und Schichtleitung, ganze Abteilungen wie Personalwesen, Controlling und Recht sowie externe Unternehmensberatungen.

Dieser Apparat arbeitet gleichzeitig an vielen Aufgaben und Themen. Und die meisten berühren direkt oder indirekt die Beschäftigten. Daher wird ein Betriebsrat oftmals zur gleichen Zeit mit unterschiedlichen Themen und Problemen konfrontiert. Allerdings verfügt er im Verhältnis zum Unternehmen nur über einen kleinen „Apparat“.

Strategische Betriebsratsarbeit

Den politisch Aktiven in Betrieb und Betriebsrat steht also ein gut organisierter Gegner gegenüber. Aber es gibt Auswege aus diesem Ungleichgewicht der Kräfte. Zum einen die Kraft der Vielen. Sie entsteht dadurch, dass die Belegschaft organisiert und ihre Unterstützung sichergestellt wird. Zum anderen, der Strategie des Unternehmens eine eigene entgegenzusetzen und ebenfalls strategisch zu denken, planen und handeln.

Was dies konkret bedeuten kann, wird in der Oktober-Ausgabe von *Avanti*² zu lesen sein. ■



Protest bei ICL-Giulini in Ladenburg, 19. Januar 2015.

Foto: Avanti².

Willy Boepple (1911 - 1992)

Ein Leben gegen den Strom

W. A.

Vor 30 Jahren, am 22. September 1992, starb unser Freund und Genosse Willy Boepple im Alter von 81 Jahren. Der Tod ereilte ihn auf der Fahrt von Weinheim nach Mannheim, der Stadt in der er aufgewachsen und seit Anfang der 1930er Jahre politisch aktiv gewesen war.

Willy Rudolf Boepple, so sein vollständiger Name, wurde am 9. Juli 1911 in Ludwigshafen am Rhein geboren. Entscheidende Daten der jüngeren deutschen Geschichte haben ihn geprägt – die Novemberrevolution 1918 und die zugespitzten Klassenkämpfe 1923 als Kind, die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933, das Ende des Zweiten Weltkrieges 1945, die Gründung von BRD und DDR 1949, die Jugendrevolte 1968 und der Aufstand in der DDR 1989 als Erwachsenen.

Willy erlebte die Weimarer Republik als Lehrling im Hotel- und Gaststättengewerbe, Mitglied der Roten Hilfe und ehrenamtlicher KPD-Funktionär.

Den Faschismus überlebte er als KZ-Häftling, Kellner, Diplom-Hotelkaufmann, Soldat im Zweiten Weltkrieg und Deserteur.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war er Mitbegründer der KPD in Mannheim, Leiter der Kulturredaktion einer bürgerlichen Zeitung, Abgeordneter im Landtag Württemberg-Baden und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, jüngster Bezirksvorsitzender der KPD, Mitglied des Zentralkomitees der KPD und des gemeinsamen Parteivorstands von SED und KPD.

Aufrechter Gang

Sein Bruch mit dem Stalinismus 1949 beendete eine ungewöhnliche Parteikarriere aber nicht sein Engagement.

Als kommunistischer Dissident, Buchhalter im kleinen Schuhgeschäft seiner Frau Berta Boepple, politischer Organisator der deutschen Sektion der IV. Internationale, sozialistischer Journalist, Aktivist gegen Wiederbewaffnung und Aufrüstung, Unterstützer der Kolonialrevolution im Süden, der antistalinistischen Arbeitererhebungen im Osten und der antikapitalistischen Kämpfe im Westen, Getränkevertreter, kaufmännischer Angestellter und

Betriebsrat ging er den aufrechten Gang. „Staatsfeind“ im Faschismus, „Verfassungsfreund“ in der antikommunistischen Bundesrepublik, „Parteifeind“ in der stalinistischen DDR – so viele lebensgefährliche Etikettierungen durch die diversen deutschen Unterdrückungsapparate konnten nur sehr wenige seiner Zeitgenossen vorweisen.

In Wirklichkeit war er ein Mensch, mit dem man „sehr eng und besonders gern“ zusammenarbeiten konnte (Theo Pirker), der in seiner „Person die Kontinuität und Ehre des Kommunismus“ verkörperte (Ernest Mandel) und der „zu Recht als überragender Intellektueller“ und „glänzender Redner“ galt (Hermann Weber).

Ungewöhnliches Leben

Das alles und noch viel mehr ist der Stoff für eine Autobiographie Willy Boepplers gewesen. 1984 hatte er auf unser Drängen begonnen, seine Erinnerungen aufzuschreiben, aber leider hatte er sie nicht vollendet.

„Es fehlt mir“, schrieb er am 4. Juni 1985 an den Verfasser dieser Zeilen, „ganz einfach die Motivation, die Überzeugung, dem Leser etwas zu vermitteln, was von politischer Relevanz ist.“

Nach Willy Boepplers Tod stellte sich die Frage nach der Würdigung seines ungewöhnlichen Lebens und nach der Bewahrung seiner außerordentlichen Erfahrungen neu.

Wir haben deshalb später versucht, mit dem Buch *Gegen den Strom* eine Antwort auf diese beiden Fragen zu geben. Wir haben dafür Texte ausgewählt, die den Bogen schlagen von seiner Kindheit bis in die 1990er Jahre. Autobiographische Notizen, Diskussionsbeiträge, Aufrufe zur Aktion, Darstellungen, Bilanzen, Analysen, Kommentare, Polemiken und Briefe.

Weiter Blick

Sie alle geben einen Überblick über die

vielfältigen Fragen, mit denen sich Willy Boepple auseinandersetzte. Trotz aller zeitbedingten Besonderheiten, trotz des Zerfalls des stalinistischen Lagers, trotz mancher Fehleinschätzung ist die Aktualität seiner Themen (von A wie Atombomben bis Z wie Zerstörung der Umwelt) auch heute noch frappierend.

Seine Darstellung des eigenen Engagements für den revolutionären Internationalismus verschweigt auch dessen Schwächen nicht. Seine radikale Ablehnung des Kapitalismus wie des Stalinismus und sein konsequentes Eintreten für eine sozialistische Demokratie haben nichts an Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Die aktuelle Verkettung existenzbedrohender Krisen bestätigt seine grundlegende Kritik des zerstörerischen Profitsystems. ■

Literatur: Wolfgang Alles (Hg.), *Gegen den Strom*, Texte von Willy Boepple, (1911 - 1992), Köln 1997.



Willy Boepple Anfang der 1930er Jahre.

Nein zum drohenden Kahlschlag beim Benz

K. S.

Die ISO Rhein-Neckar lud am 22. Juli 2022 zu einem Infoabend ein mit dem Thema *Kahlschlag beim Benz – „Transformation“ zur weiteren Profitsteigerung?*

Im Zentrum unserer Veranstaltung standen die Abbau- und Verlagerungspläne der Daimler Truck AG. Die Geschäftsführung war erst kürzlich mit einem „Einsparprogramm“ an die Öffentlichkeit gegangen. Es bedroht viele Arbeitsplätze.

Unser Referent erläuterte die Pläne der Geschäftsführung und beleuchtete kritisch die Zusammenhänge. Die Unternehmensstrategie der Daimler Truck AG folge der Logik der „Diktatur der Zahlen“. Diese sei orientiert an ständiger, geplanter „Kostensenkung“ – sprich Profitmaximierung. Sie führe dazu, dass auch relativ stabile Konzerne ständig umgebaut oder sogar zerschlagen würden.

Die Daimler Truck AG habe im Jahr 2021 mit einem EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern) von 2.552 Mio. € enorme Gewinne einfahren können. Trotzdem reiche das dem Management nicht aus.

Als größter und weltweit führender Omnibushersteller sei die Daimler Truck AG in Mannheim mit 8.500 Beschäftigten tätig. Unser Referent erklärte die Aufspaltung der Struktur des Traditionswerks auf dem Waldhof. Es gebe dort einerseits den Motorenbau von Daimler Truck mit aktuell rund 5.000 Beschäftigten. Betroffen von den aktuellen Plänen zum Stellenabbau sei aber die EvoBus GmbH – eine hundertprozentige Tochter der Daimler Truck AG. Etwa 3.500 Menschen arbeiteten dort für die Herstellung von Bussen des ÖPNV.

Radikaler Umbau

Nun sollten 100 Mio. € pro Jahr „eingespart“ werden. Ein Kahlschlagprogramm sehe den radikalen Umbau der EvoBus-Produktion in Europa vor. Insbesondere sei davon der Stadtbus-Rohbau in Mannheim betroffen. Bis 2030 solle die Produktion nach Holysov (Tschechien) verlagert werden. Verbunden sei dieses Vorhaben mit der Verringerung der „Lohnkosten“ und der Deckelung der Montagekapazität der Fabrik in Mannheim.

Der Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft IG Metall (IGM) haben, so unser Referent, Widerstand angekündigt.

Er zitierte die Aussage des BR-Vorsitzenden Bruno Buschbacher: „Die Auseinandersetzung hat begonnen. Wir werden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für unseren Standort kämpfen. EvoBus ist der einzige Bushersteller, der noch in Deutschland fertigt.“

Der 1. Bevollmächtigte der IGM Mannheim, Thomas Hahl, habe von einer „Überlebensfrage für den Industriestandort Mannheim“ gesprochen.

Wichtige Protestaktionen

Die ersten Reaktionen der Belegschaft waren unserem Referenten zufolge vielversprechend. Bei der „Mitarbeiterinformation“ am 29. Juni 2022 habe es ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert gegen die Geschäftsleitung gegeben. Im Anschluss hätten alle anwesenden Beschäftigten das Werk verlassen. Die Spätschicht sei nicht zur Arbeit erschienen.

Am 14. Juli 2022 habe es im Werk eine Demo zur Betriebsversammlung gegeben. Dort sei in der aufgeheizten Stimmung eine klare Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kolleginnen zu erkennen gewesen.

Abschließend widmete sich der Vortrag unseres Infoabends der Frage „Was tun?“. Für eine wirksame Antwort sei die Entwicklung eines koordinierten Kampfes über alle Betriebsgrenzen hinweg erforderlich.

Alle Branchen des Gesamtkonzerns müssten in den Widerstand einbezogen werden. Nur durch eine gemeinsame Gegenbewegung könne genügend Druck auf den Vorstand ausgeübt werden.

Entlassungen verbieten

Arbeit und Ausbildung müssten vor Profitinteressen stehen. Es sei konsequent die Einhaltung des Grundgesetzes einzufordern. Dort heiße es in Artikel 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist ... zulässig.“ Daraus lasse sich auch das Verbot von Entlassungen und ein sozialer Schutzschirm für die Beschäftigten ableiten.

Durch den Konflikt bei Daimler Truck würden elementare gesellschaftliche Fragen aufgeworfen. Eine wirkungsvolle Antwort könne nur im überbetrieblichen Abwehrkampf und ergänzend dazu im Aufbau einer Solidaritätsbewegung gefunden werden.

Der Mannheimer Busrohbau sei unverzichtbarer Bestandteil einer Verkehrswende. Die ökologische Frage müsse deshalb mit der sozialen (Erhalt tarifgebundener Arbeit und Ausbildung als Kriterium der Auftragsvergabe), der gewerkschaftspolitischen (Widerstand gegen Verlagerung), der technischen (Bau umweltverträglicher Busse) und der gesamtgesellschaftlichen Perspektive (Nulltarif im ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge) verknüpft werden.

Für die Mannheimer IGM sei zudem das Benz-Werk mit einem hohen Organisationsgrad ihr entscheidendes Rückgrat. Die Gewerkschaft müsse auch deshalb die Abwehr des Angriffs auf den Busrohbau konsequenter denn je unterstützen.

Die rege Diskussion bei unserem gelungenen Infoabend drehte sich vor allem um die Frage, wie Solidarität zu organisieren sei und praktisch wirksam werden könne. ■



Benz-Gelenkbus aus dem Mannheimer Werk.

Foto: Gemeinfrei.

„Militarismus, Aufrüstung, Krieg - Was tun?“

Bericht vom Sommerseminar 2022

R. G.

So lautete das Thema des Sommerseminars der ISO Rhein-Neckar am 13. August 2022, das vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der deutschen Aufrüstung von besonderer Aktualität war und ist.

In drei Seminarblöcken wurden zunächst der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Krieg, dann wichtige Antikriegsbewegungen und schließlich ein Aktionsprogramm gegen Aufrüstung und Krieg diskutiert.

Imperialismustheorie

Im ersten Themen-Block behandelte der Referent unter anderem die historischen Weltreiche des „alten“ Roms und des britischen Empire. Sie seien mit Eroberungskriegen errichtet worden. Aber sie hätten denen, die kooperierten, auch „Frieden“ gebracht. Allerdings zu den Bedingungen der Zentralmacht (Pax Romana, Pax Britannica). Nach dem Ersten Weltkrieg hätte die USA die Position der Weltmacht Nr. 1 eingenommen und ein globales Netz militärischer Stützpunkte gespannt.

Die Triebfeder für die Expansion dieser Weltmächte hätte sich geändert. Heute sei es das Kapital, das zur Profitmaximierung die Grenzen des „eigenen“ Nationalstaates überschreite und weltweit nach neuen Anlagefeldern, nach Rohstoffen und Absatzmärkten suche.

Diese Internationalisierung des Kapitals hätte schon Karl Marx analysiert. Aber Lenin habe mit seiner Imperialismustheorie die Marxsche Analyse aktualisiert. Ebenso wichtig sei Rosa Luxemburg, die den „Zwang“ des Kapitals verstanden habe, immer neue profitable Anlagefelder zu finden und dabei alle Lebensbereiche zu „durchdringen“.

Anti-Kriegsbewegungen

Im zweiten Block ging der Referent auf Anti-Kriegsbewegungen ein. Kriege seien keine Naturkatastrophen, würden von Menschen gemacht und könnten darum von Menschen verhindert werden. Um aber Kriege abzuschaffen, müsse der Kapitalismus abgeschafft werden.

Die wohl wirkungsvollste Antikriegsbewegung in der Geschichte sei die russische Oktoberrevolution von 1917 gewesen. Sie sei ein „Weckruf“ für Revolution und Frieden gewesen. 1918 kam es dann in Deutschland zur Bildung von Arbeiter- und Soldaten-Räten und zur Novemberrevolution. Dadurch wurde die Monarchie gestürzt und der Frieden ermöglicht.

Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre habe sich gegen die atomare „NATO-Nachrüstung“ eine starke Bewegung entwickelt. In Deutschland hätten Millionen von Menschen demonstriert. Wesentliche Schwäche dieser Bewegung sei gewesen, dass sie weder den Kapitalismus überwinden noch Massenstreiks organisieren wollte. Dadurch sei der entscheidende Hebel, um die „Nachrüstung“ zu stoppen, nicht genutzt worden. Trotz dieser Niederlage war es dieser Bewegung gelungen, in der Gesellschaft eine jahrzehntelang wirkende pazifistische Grundstimmung zu erzeugen.

Aktionsprogramm gegen Militarismus und Krieg

Im dritten Block ging es darum, was wir gegen den Ukraine-Krieg und die geplante Aufrüstung tun können. Der Referent versuchte eine Einordnung des russischen Angriffskrieges. Er betonte, dass dieser von Russland begonnene Krieg nicht zu rechtfertigen sei. Auch nicht durch die NATO-Osterweiterung, die das russische Regime als Bedrohung verstehen musste. Beides mache aber deutlich, dass es notwendig sei, überall auf der Welt den Kriegstreibern die Macht zu entreißen.

In Deutschland sei es notwendig, gegen Waffenlieferungen und gegen das Aufrüstungsprogramm zu kämpfen. Dies erfordere, die Kriegsfrage mit der sozialen Frage zu verknüpfen. Zudem müsse eine machtvolle Antikriegsbewegung aufgebaut werden, die insbesondere in die Betriebe und Gewerkschaften hineinwirke und die auch Streiks als notwendige Kampfformen gegen den Krieg verstehe.

Intensive Diskussionen

In den Diskussionen tauchte immer wieder die Frage auf, wie es angesichts des politischen Rechtsrucks gelingen könnte, Gegenwehr und Widerstand aufzubauen. Es sei wichtig, wo man lebe, lerne und arbeite, gegen Krieg und Aufrüstung Stellung zu beziehen und dies mit den Krisen des Systems und der sozialen Frage zu verbinden. Wo möglich sollten Aktionen organisiert werden. Nur so ließe sich der politische Grundstein legen, um eine neue, in der Arbeitswelt verankerte Antikriegs-Bewegung aufzubauen.

In der Abschlussrunde wurde unser Seminar sehr positiv bewertet. Menschen brauchen gerade in Zeiten des Krieges Wissen und Klarheit. Dazu konnten wir einen kleinen Beitrag leisten. ■



Teilplenum unseres Sommerseminars, 13. August 2022.

Foto: Avanti².

Vor 100 Jahren Der Sieg des italienischen Faschismus

E. B.

Italien war nach dem Ersten Weltkrieg zerrüttet – sozial, wirtschaftlich, politisch und kulturell. Zwar gehörte das Land zu den Siegermächten, aber schon bald wurde das Schlagwort der extremen Rechten vom „verstümmelten Sieg“ populär.

Der Erfolg der russischen Oktoberrevolution von 1917 stärkte auch in Italien die radikale Linke. Massive Klassenkämpfe prägten die „zwei roten Jahre“ 1919 und 1920. Viele Landarbeiter begehrten mit ihren „Ligen“ gegen die Großgrundbesitzer auf. Sie vertrieben ihre Ausbeuter und enteigneten sie. In den Städten besetzten die Industriearbeiter Fabriken und errichteten Arbeiterräte.

Gegen diese Gefährdung des italienischen Kapitalismus machte die 1919 gegründete, zunächst noch randständige faschistische Bewegung mobil. Ihre Kampfverbände (die „Schwarzhemden“) vertrieben sowohl die Fabrik- als auch die Landbesitzer mit brutaler Gewalt. Sie zerstörten ihre revolutionären Organisationen und Stützpunkte. Auch sozialistische Gemeindeverwaltungen waren Opfer ihres Feldzugs.

Die Regierung und die Polizei griffen nicht ein, weil sie in den Faschisten Verbündete „zur Wahrung der Ordnung“ sahen.

1921 wuchs die faschistische Bewegung enorm an. Ihr Führer Mussolini wandelte sie Ende des Jahres in eine feste Organisation um – die Nationale Faschistische Partei. 1922 zählte sie über 300.000 Mitglieder und war damit die stärkste politische Kraft des Landes.

Der gescheiterte Generalstreik der politisch gespaltenen Arbeiterbewegung von Juli und August 1922 gilt als deren entscheidende Niederlage. Die faschistischen Banden unterdrückten ihn gewaltsam.

Nach ihrem Erfolg forderten die Faschisten Neuwahlen und drohten mit einem „Marsch auf Rom“. Das Zurückweichen der Institutionen der Italienischen Republik ermutigte sie, ihn Ende Oktober

1922 durchzuführen.

In der Folgezeit, vor allem ab 1925, konnten die Faschisten mit dem „Duce“ Mussolini an der Spitze ihre Diktatur ausbauen. Sie wurde zum Vorbild der Faschisten in Deutschland und anderen Staaten. ■



Fabrikbesetzung im Herbst 1920. Foto: anarcopedia.org.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 01.09.2022, 17:00 Uhr, Kundgebung zum Antikriegstag, Paradeplatz, MA
- DO, 01.09.2022, 19:30 Uhr, Veranstaltung zum Ukraine-Krieg, ver.di-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 7, LU
- SO, 04.09.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 13.09.2022, 19:00 Uhr, Brasilien-Veranstaltung, SWK, Fritz-Salm-Str. 10, MA
- DO, 22.09.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 22.09.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- FR, 23.09.2022, Globaler Klimastreik
- FR, 23.09.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*
- MO, 26.09.2022, 19:00 Uhr, „Der laute Frühling“, Filmvorführung, SWK, Fritz-Salm-Str. 10, MA

Vorschau

- SAM, 15.10.2022, 13:00 Uhr, 9. Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der geltenden Gesundheitschutzregeln.]



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

